

Die leeren Versprechungen der SED

Rechenschaftsberichte der „Volksvertreter“ — Erinnerung an 1950

In zweieinhalb Monaten soll in der Sowjetzone „gewählt“ werden. Eine solche „Wahl“, auch wenn sie volksdemokratisch gehandhabt wird, läßt immer noch einen gewissen Spielraum für Antipathie-Kundgebungen der Bevölkerung. Um diese so weit wie möglich einzuschränken, reisen jetzt die „Volksvertreter“ vom Ministerpräsidenten bis zum Kreisratsmitglied durch die Zone. Wie es heißt, legen sie Rechenschaft ab über die Politik der SED. Tatsächlich jonglieren sie mit alten Zahlen und neuen Versprechungen. Wann es besser wird, wissen sie ebensowenig wie der Mann, der sie fragt.

Vergleicht man die Rechenschaftsberichte und Wahreden dieser „Volksvertreter“ vom Herbst 1950 zur damaligen Einheitswahl, die Versprechungen, die sie damals machten, mit der heutigen Situation, ergeben sich für die SED höchst peinliche Fragen.

1. Wo ist das Wohnungsbau-Programm, das bis 1954 allen Bewohnern der DDR menschenwürdige Unterkünfte und Instandsetzung aller teilzerstörten Häuser bieten sollte (Ulbricht August 1950)?

2. Wo bleibt die Aufhebung der Lebensmittelkarten, „über die in ein paar Jahren kein Mensch mehr ein Wort verlieren wird“ (Grotewohl September 1950)?

3. Wo zeichnet sich die Überflügelung des Lebensstandards von 1936 ab, die mit dem Ende des Fünfjahresplans, also im Dezember 1954, erreicht sein sollte?

4. Wo bleiben die freien Wahlen mit getrennten Listen der Parteien, die spätestens zwei Jahre nach dem provisorischen Zusammentreten der Volkammer von 1950 abgehalten werden sollten? Die provisorische Volkammer wurde inzwischen stillschweigend legalisiert, von freien Wahlen oder auch nur volksdemokratischen,

aber mit getrennten Listen, darf heute überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Sie zu fordern, gilt als Hochverrat.

Keine Prozente, Tatsachen!

Der Fett- und Fleischverbrauch sei seit 1950 um soundsoviel Prozent gestiegen, wird jetzt in den Rechenschaftsberichten erzählt. Vergleicht man aber den Stammabschnitt einer Lebensmittelkarte von 1950 und die Karte vom August 1954, dann stimmen diese Prozente durchaus nicht. Die Differenz, so argumentiert hier die SED, ergibt sich aus dem (zu Überpreisen) in der HO gekauften Fleisch. Nimmt man nun den angeblichen Gesamt-Fleischkonsum und errechnet aus Karten- und HO-Preis den tatsächlichen Preis, den man in der Sowjetzone für ein Pfund Fleisch zahlen muß, dann stimmen plötzlich die ganzen „Rechenschafts“-Zahlen über die Preise nicht mehr. Denn: die jetzt abgegebenen kommunistischen „Rechenschaftsberichte“ basieren ausschließlich auf Bluff-Zahlen. Die Preise sind den geringen auf Karten abgegebenen Mengen entnommen, während der tatsächliche Gesamtverbrauch prozentual auf die ganze Bevölkerung aufgeschlüsselt wird. Was aber hat der Normalverbraucher davon, wenn der

Durchschnittsverbrauch einer Ware 6 Kilo ist, von denen er eines und der Staatsfunktionär samt Trabanten fünf hat?

Die ersten Forderungen

Die „Volksvertreter“ mögen versprechen, was sie wollen: Die Forderungen der Sowjetzonenbevölkerung bestehen heute nicht in der Entrümmung irgendeiner Ruinecke oder der Einrichtung eines neuen Gemüseladens, in dem es dann doch keine Kartoffeln zu kaufen gibt! Es geht um viel mehr als um ein paar „Verbesserungen“. Die wirtschaftlichen Forderungen bestehen in der Erfüllung der Versprechungen, die die SED-Vertreter schon zur „Wahl“ 1950 abgegeben haben: Echte Normalisierung der Preise und damit des Lebensstandards, Stop für militärische Bauvorhaben zugunsten des Wohnungsbaus, Begrenzung der Ausbeutung in den staatlichen Betrieben!

Daß über die politischen Forderungen der Zonenbevölkerung — Freie Wahlen und Wiedervereinigung — mit diesen „Volksvertretern“ überhaupt nicht zu debattieren ist, ist ein Beweis für die ganze Fadenscheinigkeit dieser „Rechenschaftsberichte“. Diese Forderungen stehen als ein die SED begrängender Schatten hinter jedem neuen Volksbezug und folglich auch hinter dieser „Wahl“. Aber schon die Diskussion über wirtschaftliche Fragen mit den „Volksvertretern“ kann demonstrieren, daß sich die Bevölkerung zu dem Schaden einer kommunistischen Mißwirtschaft nicht noch den Hohn hochtrabender Rechenschaftsberichte bieten läßt.

J. B. GRADL

Von der Stelle kommen!

Die vergangene Woche hat eine neue Radiorede und einen Brief Dr. Johns gebracht, außerdem eine Fülle von Meldungen und mehr oder minder fragwürdigen Berichten, aber klarer geworden ist die persönliche Seite des Falles John dadurch nicht.

Wie man den Fall auch drehen und wenden mag — ob man John für ein Opfer raffinierter Entführung, einen Verräter, einen Nervenkranken, einen politischen Toren hält — bis zum heutigen Tage reicht das wirkliche Wissen der Öffentlichkeit nicht für ein sicheres Urteil aus.

Um so mehr muß Wert darauf gelegt werden, daß der Fall John und alles um ihn herum mit größter Sorgfalt geprüft wird. Wichtiger als ein vor-schneller Bericht ist die Gründlichkeit, die genügende Tiefe und Breite der Untersuchung.

Die amtlichen Stellen müssen sich allerdings darüber klar sein, daß ihr Bericht so klar und so vollständig sein muß, wie das überhaupt nur möglich ist. Zwar hören die Kommunisten mit, und es wäre vielleicht besser, wenn manches nicht vor kommunistischen Ohren gesagt werden müßte. Aber nachdem das Ganze nun einmal geschehen ist, kann das Vertrauen nur durch Offenheit und notfalls durch verschiedene personelle und organisatorische Konsequenzen gesichert werden.

Übrigens sollte man von zuständiger Seite auch sorgfältig der Herkunft der Behauptungen nachgehen, daß in der Sowjetzone im Zuge der Affäre John Massenverhaftungen stattgefunden haben. In der Sowjetzone finden leider laufend Verhaftungen statt. Aber daß über Verhaftungen, die dort sozusagen zur Routine gehören, hinausgeschritten worden ist, ist bisher nicht verbürgt. Die angeblichen Verhaftungen im Pan-kower Außenamt haben sich nicht bewahrheitet. An der Verbreitung einer Verhaftungspsychose unter seinen inneren Gegnern hat jedenfalls nur der sowjetzonale SSD ein Interesse.

So aufgrund die persönliche Seite des Falles John und der Vorgänge um ihn ist, von wirklich allgemeiner und dauernder Bedeutung ist die politische Seite. John ist nunmehr eingesperrt — ob mit oder ohne seinen Willen, ist von sekundärer Bedeutung — in die Propaganda der kommunistischen Deutschlandpolitik. Die Kernsätze sowohl in den beiden Radioreden wie in dem Brief zum Fall Höfer sind bestimmt, das Vertrauen der Bevölkerung der Sowjetzone und Westdeutschlands in die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung und des Westens überhaupt zu untergraben und das innere Verhältnis zu den westlichen Besatzungsmächten zu vergiften.

„Deutschlandpolitik in einer Sackgasse“, „Politik der Bundesregierung auf einem falschen Weg“, „einseitige Bindung an die amerikanische Politik“ — das sind die kennzeichnenden Äußerungen des politischen Willens, der jetzt durch John spricht.

Alles nicht neu — doch es klingt anders, weil es durch einen Deutschen gesagt wird, der jahrelang in der Bundesrepublik eine hervorragende Stellung gehabt hat. Deshalb wird man sich damit verstärkt auseinandersetzen haben.

Aber diese Auseinandersetzung wird um so besser zu führen und für die freiheitliche Politik um so wirksamer zu machen sein, je mehr das seit zwei Jahren völkerrechtlich stagnierende Verhältnis zwischen Bundesrepublik und westlichen Besatzungsmächten wieder in die Bewegung einer positiven Entwicklung gebracht wird. Es ist hier wie auch sonst im Leben. Besser als durch Worte läßt sich mit Taten antworten. In diesem Sinne ist es zum Beispiel eine gute Antwort, daß der amerikanische Senat sich in einer einstimmigen Entscheidung für eine Übertragung der Souveränität an die Bundesrepublik ausgesprochen hat.

In den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West beginnt ein neues Kapitel. Der inzwischen bekanntgewordene Wortlaut der Moskauer Note, in der der Krenl eine Europa-Konferenz vorschlägt, ist zwar nicht

geeignet, zuversichtlich zu stimmen. Aber die Fragen, auf die auch der Krenl in seiner Note hinzielt, nämlich Deutschland und die europäischen Fragen, sind eben jene entscheidenden Fragen, von deren Beantwortung Frieden und Sicherheit abhängen.

Nachdem die Sowjets den europäischen Faden, der auf der Berliner Konferenz von ihnen zerrissen worden war, wieder anzuknüpfen suchen, wäre es falsch, ihn nicht aufzunehmen. Das entscheidende Ziel, die Sowjets auf friedlichem Wege hinter die Oder in ihren Heimatraum zurückzubringen, ist ohne Verständigung im Wege der Verhandlungen nicht möglich.

Darüber allerdings sollte die sowjetische Politik nicht im Zweifel sein: Jede europäische Lösung, die auf der Basis der Zweiteilung Deutschlands erfolgen soll, ist für uns Deutsche absolut unmöglich.

In der russischen Note wird der schon am Ende der Berliner Konferenz gemachte Vorschlag wiederholt, als Teilnehmer eines gesamteuropäischen Sicherheitsvertrages die Bundesrepublik und die DDR aufzunehmen. Das würde bedeuten, daß die Sowjets ihr Sicherheitsverlangen befriedigt erhalten, die Freigabe der Sowjetzone zur Wiedervereinigung aber zurückhalten wollen. In ihrer Note heißt es dann zwar weiter, daß „nach der Vereinigung Deutschlands“ der einheitliche deutsche Staat Teilnehmer des gesamteuropäischen Vertrages sein könnte. Aber das ist ein Zukunftsversprechen, auf das sich nach allen Erfahrungen niemand einlassen kann und darf. Täte man es, so sähe die erreichte Lösung praktisch so aus, daß die Sowjets sowohl die EVG als auch die Wiedervereinigung verhindert haben.

Für die westliche Welt aber ist es von größtem Wert, daß sie jetzt — wie Mendès-France in Tunis und England mit dem englisch-ägyptischen Abkommen über den Suezkanal — Gefahrenherde beseitigt, um sich so den Sinn und die Kräfte frei zu machen für die Konzentration auf die entscheidende politische Begegnung mit dem kommunistischen Osten, die wahrscheinlich kommt.

Nicht für Kommunisten

Dortmund (AP). Der Aufsichtsrat der Westfalenhalle in Dortmund hat einen Antrag der kommunistischen Stadtratsfraktion in Dortmund abgelehnt, nach dem die Westfalenhalle für ein Sportfest der KPD zur Verfügung gestellt werden sollte.

Dortmund (DPA). Der Volkshausabgeordnete Heinz Mascher, Mitglied des Zentralrates der kommunistischen FDJ, wurde von der Dortmunder Polizei festgenommen. Er wollte auf dem Bundesfest des Bundes der deutschen katholischen Jugend das Wort ergreifen und für die im Bundesgebiet verbotene FDJ Propaganda machen.

Erst die Wiedervereinigung

Der „Tag der deutschen Heimat“ in Berlin

Berlin (Eigenbericht). 18 000 Heimatvertriebene aus Berlin und der Sowjetzone nahmen an der großen Kundgebung anlässlich des „Tages der deutschen Heimat“ in der Waldbühne teil. Die vom Landesverband Berlin der Vertriebenen veranstaltete Kundgebung stand diesmal unter dem Motto „Unteilbares Deutschland im freien Europa“. Die Heimatvertriebenen legten nicht nur ein Bekenntnis zu ihrer Heimat und zur Einheit Deutschlands, sondern auch zu einem freien, geeinten Europa ab.

An der Stirnseite des Halbrundes der Waldbühne wehten mit einem Trauerflor die Fahnen der deutschen Ostgebiete. Unter dem Beifall der Vertriebenen rückten die Fahnenträger der Landsmannschaften und Heimatkreise sowie die Trachtengruppen in die Waldbühne ein.

Der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz Theieck, erklärte in seiner Ansprache zur Frage der friedlichen Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete, daß die Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik zunächst das zentrale Anliegen der deutschen Politik sei und bleiben müsse. Im weiteren Sinne bedeute die Wiedervereinigung dann auch die friedliche Wiedergewinnung jener

Brief an John kam zurück

Bonn: Eindeutige Aufklärung aller Zusammenhänge

Baden-Baden (Eigenmeldung/DPA/AP). In einer siebenstündigen Sitzung, zu der Bundeskanzler Adenauer und fünf Bundesminister aus ihren Urlaubsorten gekommen waren, erörterte der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion am Montag die Konsequenzen der jüngsten Sowjetnote und den Fall John.

Wie es in einem Kommuniqué heißt, wurde die Sowjetnote einmütig als ein neuer Versuch der Sowjets aufgefaßt, Uneinigkeit in das Lager des Westens zu tragen, die EVG zu verhindern und die freie Welt entscheidend zu schwächen.

Zum Fall John wird in dem Kommuniqué eine vorbehalten

lose und eindeutige Aufklärung aller Zusammenhänge ohne Ansehen der Person verlangt. Der Vorstand wandte sich sowohl gegen die Unterstellung, daß in der Bundesrepublik ein neuer Nationalsozialismus im Kommen sei, wie gegen die von anderer Seite erhobenen Verdächtigungen der Männer des 20. Juli. Innenminister Schröder erklärte, es sei nicht endgültig festgestellt, ob John in verräterischer Absicht nach Ostberlin gegangen sei oder nicht. Ebenso ungeklärt sei noch, unter welchen Umständen Johns bisherige Erklärungen zustande gekommen seien, die man nach Form und Inhalt als eindeutige SED-Propaganda bezeichnen müsse. Im übrigen habe John keinen Zugang zu solchen Geheimangelegenheiten gehabt, durch deren Preisgabe die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet werden könnte.

Berlin (DPA/Eigenmeldung). Mit dem Vermerk „Postschliefachinhaber verweigert die Annahme“ schickte die Ostberliner Post am Montag einen Brief zurück, der am Sonnabend auf dem Ostberliner Postamt C 25 mit der Anschrift „Postschliefach 40“ aufgeliefert worden war. Der Brief enthielt die Aufforderung an den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Dr. Otto John, sich zu einem Gespräch zu stellen.

Der Brief war offensichtlich nicht geöffnet worden. Das Postschliefach 40 war in dem Begleitschreiben zu der letzten Erklärung Dr. Johns über den Selbstmord des CIC-Hauptmanns Höfer als Absender angegeben.

Teile Deutschlands, die seit 1945 fremder Verwaltung unterstellt sind. Solange aber das kommunistische System in Mitteleuropa bestehe, gebe es keine Chance, die Heimatansprüche der Vertriebenen zu verwirklichen. Die Entscheidung über die deutschen Ostgebiete könne erst auf einer Friedenskonferenz fallen.

Klage abgewiesen

Stuttgart (DPA). Das Stuttgarter Landgericht hat die Klage der Carl-Zeiß-Stiftung Jena gegen die Firma Carl Zeiß in Heidenheim in Württemberg kostenpflichtig abgewiesen. Zeiß-Jena wünschte, daß die Heidenheimer Firma den Firmennamen und das Warenzeichen nicht gebrauchen dürfe.

Gedenkfeiern für Ernst Reuter

Berlin (Eigenbericht). Am Grab Ernst Reuters, der am 29. Juli 65 Jahre alt geworden wäre, legten der Regierende Bürgermeister Berlins und der Präsident des Abgeordnetenhauses Kränze nieder. Über tausend Berliner und Sowjetzonenbewohner besuchten das Grab Ernst Reuters.

An der Linde im Großen Tiergarten, die Ernst Reuter

am 17. März 1949 gepflanzt hatte, wurde eine Gedenktafel enthüllt und im Dahlemer Museum in Gegenwart von Frau Reuter die von Prof. Heiliger geschaffene Ernst-Reuter-Büste aufgestellt, die der Senat angekauft hat.

Im Ernst-Reuter-Haus, dem Sitz der Berliner Dienststelle des Deutschen Städtetages, wurde ebenfalls eine Reuter-Büste enthüllt.

London kämpfte um einen Flüchtling

In letzter Minute von polnischem Dampfer befreit

London (AP/DPA). Den gemeinsamen Anstrengungen der Londoner Hafenarbeiter, des britischen Innenministeriums und der Polizei ist es gelungen, einem polnischen Flüchtling Leben und Freiheit zu retten und ihn von einem polnischen Schiff auf sicheren englischen Boden zu bringen. Nach zweitägigen heftigen Auseinandersetzungen mit dem Kapitän des polnischen Dampfers wurde der 24jährige polnische Seemann Antoni Klimowicz unter dem Schutz von zehn englischen Polizeibarkassen mit 120 Beamten und zwei Zerstörern von Bord des Dampfers „Jaroslav Dabrowski“ geholt. Das britische Innenministerium gewährte ihm als politischem Flüchtling die Aufenthaltserlaubnis, um die er gebeten hatte.

Kurz bevor das Schiff in London die Anker lichte, hatten Londoner Hafenarbeiter an Bord des Frachters den halbverhungerter 24jährigen Polen Antoni Klimowicz entdeckt, der mit schwacher Stimme um Asyl bat. Die Arbeiter verfrachteten den Flüchtling in einen großen Holzbehälter und wollten ihn gerade mit dem Schiffskran an Land hieven, als der polnische Kranführer ihn entdeckte und unter Deck schleppen ließ.

Die inzwischen alarmierte englische Polizei verhandelte stundenlang mit dem Kapitän, mußte jedoch unverrichteterdinge wieder abziehen und das Schiff passieren lassen. Kurze Zeit später jagte eine Polizeibarkasse hinter dem Frachter her und zwang ihn, 15 km fußabwärts zu ankern. Vertreter des britischen Innenministeriums, von Scotland Yard und polnische Diplomaten verhandelten erneut stundenlang um das Schicksal des Flüchtlings. Wieder ergebnislos.

Das Schiff nahm die Fahrt themseabwärts wieder auf, mußte eine Stunde später jedoch erneut vor Anker gehen. Mehrere Polizeibarkassen legten sich an seine Seite, und ein Offizier überbrachte dem Kapitän die Anweisung des Lord-Ober-

richters, den Flüchtling einem britischen Gericht vorzuführen. Bis dahin dürfe das Schiff die britischen Gewässer nicht verlassen. Gegen diese Anweisung war der Kapitän machtlos. Er mußte den Flüchtling freigeben. Bis zu dessen Freilassung wartete ständig eine erregte Menschenmenge am Londoner Hafenkai.

US-Senat: Deutschland stärken

Washington (AP/DPA). Der amerikanische Senat hat Präsident Eisenhower einstimmig ermächtigt, selbständig und ohne Befragung des Kongresses Schritte zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität zu unternehmen, wenn er dies für notwendig hält. Der Präsident solle auch alle ihm angemessen erscheinenden Maßnahmen treffen, um der Bundesrepublik einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu ermöglichen.

Diese Ermächtigung soll es dem Präsidenten ermöglichen, auch während der Parlamentsferien alles Notwendige zu tun, um Deutschland zu stärken.

Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, Sena-

Terror in der Tschechoslowakei

Berlin (KNA). Mit aller Heftigkeit ist in der Tschechoslowakei nach der Verurteilung des Bischofs von Leitmeritz, Dr. Stefan Trochta, der Kampf gegen die Kirche entbrannt. Wie ein Amateursender hinter dem Eisernen Vorhang meldete, werden jetzt im ganzen Lande die Pfarrer schärfer kontrolliert. Die Gläubigen werden terrorisiert und vom Besuch der Gottesdienste abgehalten.

Nach der Verurteilung des Bischofs, der sich vor allem der Großstadtyugend in Prag angenommen hatte, wird jede Maßnahme gegen die Kirche damit begründet, der Prozeß gegen Msgr. Trochta habe ergeben, daß die Kirche den Sturz der volksdemokratischen Ordnung wolle.

tor Wiley, erklärte, Amerika müsse handeln, wenn Frankreich und Italien wider Erwarten den EVG-Vertrag nicht ratifizierten. In diesem Falle müßten die USA ihre Stellung in Europa überprüfen und „alle wünschenswerten Maßnahmen zum Aufbau von Stärkepositionen treffen, wenn und wo man sich auf sie verlassen kann“.

Rotchina beleidigt die USA

Washington (AP/DPA). Die rothinesische Regierung hat die Annahme der beiden amerikanischen Protestnoten wegen des Abschusses eines britischen Verkehrsflugzeuges durch chinesische Jäger und der Behinderung der amerikanischen Suchaktion abgelehnt. Der stellvertretende chinesische Außenminister Tschang Han-fu, dem der britische Geschäftsträger Trevelyan die Noten überreichen wollte, gab die Proteste rundweg zurück.

In politischen Kreisen Washingtons wird die Form der Zurückweisung als eine Beleidigung der USA gewertet, da es im diplomatischen Leben üblich ist, Protestnoten anzunehmen, auch wenn der Inhalt der Note zurückgewiesen wird.

Sowjets zahlen doppelt soviel

24 amerikanische Sender funken nach der Sowjetunion

Bonn (DPA). Der Direktor des amerikanischen Auslandsinformationsprogramms, Theodore C. Streibert, gab in Bonn bekannt, daß gegenwärtig 24 Rundfunksender, die über die ganze Erde verteilt sind, zu verschiedenen feststehenden Zeiten Nachrichten nach der Sowjetunion senden. Einer dieser

Sender befinde sich in Belgisch-Kongo und sei in der Sowjetunion besonders gut zu empfangen. Der Aufwand für die sowjetischen Störsender gegen die „Stimme Amerikas“ sei ungefähr zweimal so hoch wie die Kosten für die amerikanische Sendung, sagte Streibert weiter.

Die Kreuzmaler von der FDJ

SED-„Volksbefragung“ in Westberlin — und niemand hat es gemerkt!

Als die SED in Ostberlin und der Zone ihre „Volksbefragung“ gegen die EVG durchführte, bedurften Ziel und Ergebnis der Aktion keines Kommentars. Als die Sowjetzonenregierung eine gleichartige Befragung für die Bundesrepublik vorschlug, fragten sich viele, ob diese Partei politisch lebensmüde sei. Inzwischen haben wenigstens die Westberliner erfahren, daß eine kommunistische Partei ihre Volksabstimmungen und Wahlen auch ohne Abstimmer und Wähler durchzuführen vermag. Sie teilt dem Wähler seine eigene Entscheidung mit, ehe er von der Durchführung einer Wahl überhaupt etwas gemerkt hat. Wie wäre es sonst möglich, daß 172 915 Westberliner Bürger erst dieser Tage durch die kommunistische Presse erfahren, sie hätten auf SED-Stimmzetteln gegen die EVG gestimmt?

Folgendes ereignete sich am 23. Juli: Ein aus drei SED-Genossen und einem FDJ-Mitglied bestehender Agitationstrupp erhielt von der SED-Bezirksleitung Berlin eine Liste von etwa 40 Wilmersdorfer Einwohnern, die — so hieß es — bei Westberliner Volksbefragungsaktionen gegen die EVG gestimmt hätten. Die Genossen sollten nun mit ihnen diskutieren und sie für SED-Arbeit zu gewinnen suchen.

Der Trupp klapperte getreulich die 40 Adressen ab. Die ersten Male gab es beiderseits nur Kopfschütteln. Unangenehmer würde es, als die kommunistischen Agitatoren darauf bestanden, die Angesprochenen hätten doch Anti-EVG-Stimmzettel abgeben und ihren Namen dabei genannt. Die Wilmersdorfer nahmen das sehr übel und drohten mit Handgreiflichkeiten. Was war passiert?

„Bringt Zettel...!“

Am Schöneberger Ufer in Westberlin steht die ehemalige kommunistische Reichsbahndirektion. Sie wird heute nur von drei Vopos und einer Reichsbahner-Wache bewohnt. In dieses dafür sehr gut geeignete Gebäude schaffte die SED mit Reichsbahn-Reparaturwagen noch im Juni 300 000 vorgedruckte Stimmzettel gegen die EVG. Als Baubude getarnt wurde auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofs eine Ausgabestelle für Propagandamaterial eingerichtet, von der sich Westberliner SED- und FDJ-Gruppen fortan laufend Agitationsmaterial holten.

Eins dieser Flugblätter enthielt außerdem einen Stimmzet-

tel gegen die EVG. Darunter ein Vermerk: „Name und Adresse kann angegeben werden.“

Von diesen Zetteln erhielt jedes Westberliner SED- und FDJ-Mitglied 200 Stück, mit dem Auftrag, sie ausgefüllt, möglichst mit Namen, wieder abzuliefern. Entweder am Schöneberger Ufer oder bei der zuständigen Kreisleitung der SED. „Hauptsache, ihr bringt 200 Zettel wieder...“, hieß es, „wie, das überlassen wir euch!“

Fast alle Beteiligten haben ihre 200 Zettel zurückgebracht. Es gab sogar Sammel-Aktivisten, wie es bei der SED ja immer Aktivisten geben muß, die bis zu 500 Zettel ablieferten. Die zurückgereichten Zettel waren ausnahmslos sauber angekreuzt. Namen enthielten sie meist nicht: „Die Leute haben natürlich Angst, sie werden — wenn es rauskommt — wegen ihrer freiheitlichen Einstellung verfolgt!“ Wo aber Namen angegeben waren, stammten sie — aus dem Telefonbuch.

SED-Kreisleitungen und „Nationale Front“-Volksbefragungsausschüsse haben den Schwindel natürlich gewußt und ihn ob der zu erwartenden Zahlensiege stillschweigend geduldet. Zudem

ist heute nicht mehr festzustellen, welcher Genosse welche Stimmzettel abgeliefert hat.

Nur aus der RBD am Schöneberger Ufer wurde durch die empörte Klage eines FDJ-Mitglieds bekannt: „Zwei Kreuzberger SED-Gruppen haben dort selber Zettel angekreuzt und sich damit als Kreissteiger prämiieren lassen! Wir haben es selbst gesehen!“

Die Instrukteure der Bezirksleitung erklärten daraufhin: „Ruhig bleiben, nicht an die große Glocke hängen. Jetzt können wir darüber nicht mehr diskutieren!“ Denn: „172 915 Westberliner stimmten gegen die EVG!“ gab der zuständige Arbeitsausschuß der „Nationalen Front“ bekannt. Jeder zehnte halbwegs erwachsene Westberliner also stimmte für die SED! Mindestens die mehrfache Anzahl müßte also angesprochen worden sein. Kein Westberliner aber hat etwas davon gemerkt!

Kostenlose Lektion

Die rund 800 zur SED-Befragung in Westberlin eingesetzten Genossen, das steht fest, verstießen gegen die Direktiven der Partei. Und böse nennt man sie dort jetzt die „Kreuzmacher“. Die Strafe wird nicht lange auf sich warten lassen. Die Westberliner aber, die von der eigentlichen Aktion zwangsläufig nichts merken konnten, meinen, die SED habe ihnen durch die Bekanntgabe des „Volksbefragungs-Ergebnisses“ in Westberlin eine Gratislektion erteilt, wie man in kommunistischer Regie ohne Wähler wählen kann.

Vernichtung von Testamenten

Berlin (DPA). Auf Grund einer vertraulichen Anweisung des Sowjetzonenjustizministeriums sollen, wie der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen mitteilt, alle von enteigneten Großgrundbesitzern früher verfaßten und jetzt von

den staatlichen Notariaten bewahrten Testamente vernichtet werden.

Durch diese Maßnahme sollten die früheren Besitzverhältnisse verschleiert werden, nachdem schon vor Monaten die Grundbücher vernichtet wurden.

Thema: Rechenschaftsbericht

Löhne und Steuern in Westdeutschland und der Zone

In ihren „Rechenschaftsberichten“ macht die SED tatsächlich den Versuch, nachzuweisen, daß es der Bevölkerung der Zone besser geht als den Westdeutschen. Aus dem gleichen Grund verbreiten die Ostpresse und der Ostrundfunk zur Zeit unsinnig aufgebauschte Meldungen über Streiks im Westen. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß die westliche Arbeiterschaft gegen eine „Unterdrückung“ protestiert, damit die immer wiederkehrende Phrase der SED von der „Beseitigung der Ausbeutung des Menschen in der sozialistischen Ordnung“ glaubhafter klingt. Diese Phrase läßt sich bei einem Vergleich der Lohn- und Steuersituation in den beiden getrennten Teilen Deutschlands leicht widerlegen. Die Löhne in der Bundesrepublik liegen nämlich noch immer über denen der Sowjetzone, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht.

Durchschnittslohn und Gehalt der unselbständig Beschäftigten

Jahr	Bundesrepublik	Sowjetzone		
	in Mark		in % der Bundesrepublik	
1949	2670	2509	93,9	
1950	2813	2878	102,4	
1951	3267	3254	99,5	
1952	3557	3464	97,6	
1953	3836	3789	98,7	

Hierbei handelt es sich um den Nominallohn. Der Reallohn liegt in der Sowjetzone infolge des hohen HO-Preisniveaus und der schlechten Warenqualität noch wesentlich niedriger.

Die Steuerbelastung je Kopf der Bevölkerung ist in der Sowjetzone wesentlich höher:

Jahr	Steuern je Kopf			Soz.-Vers. je Kopf		
	Bundesrepublik in Mark	Sowjetzone	in % der Bundesrepublik	Bundesrepublik in Mark	Sowjetzone	in % der Bundesrepublik
1949	368	629	171	134	199	148
1950	381	737	193	142	210	148
1951	506	877	173	182	242	133
1952	625	1045	167	197	265	135
1953	682	1221	179	208	292	140

Besonders aufschlußreich ist die Tatsache, daß ausgerechnet im Startjahr des „neuen Kurses“ die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben schneller zugenommen hat als vorher!

Zwischenfälle im FDJ-Lager

Berlin (Eigenmeldung). Aus dem Zentralrat der FDJ wird bekannt, daß sämtliche Werbeaktionen für die Volkspolizei in den Ferienlagern der FDJ eingestellt werden sollen. Am 30. Juli war es zu Zwischenfällen in einem Lager in der Nähe von Dresden gekommen, als Funktionäre der „Gesellschaft für Sport und Technik“, unterstützt von mehreren Vopo-Werbern, Jugendliche zum Ein-

tritt in die KVP überreden wollten.

Unter Mithilfe von FDJ-Funktionären war bereits eine „Ehrenliste von Freiwilligen“ angelegt worden. Während der Werbeversammlung ertönten immer wieder Zwischenrufe und Pfiffe. Nur ein knappes Drittel der vorgesehenen „Freiwilligen“ erklärte sich einverstanden. Ein großer Teil der Jugendlichen verließ unangemeldet das Lager.

Ein Vopo-Schicksal

Dresden (Eigenmeldung). Die erstaunliche Karriere eines jungen Offiziers des Pionierbataillons der Dresdner Kasernierten Volkspolizei endete jetzt vor dem Bezirksgericht.

Mit 20 Jahren trat der Artist Ramon Raddatz im Herbst 1952 in die KVP ein. Er nahm an einem Offizierslehrgang teil und wurde nach neun Monaten zum Leutnant befördert. In seinem Bataillon übertrug man ihm politisch-kulturelle Aufgaben. Er erwarb sich als Leiter der politischen Schulung Verdienste. Nebenbei verwaltete er die Bataillonsbücherei.

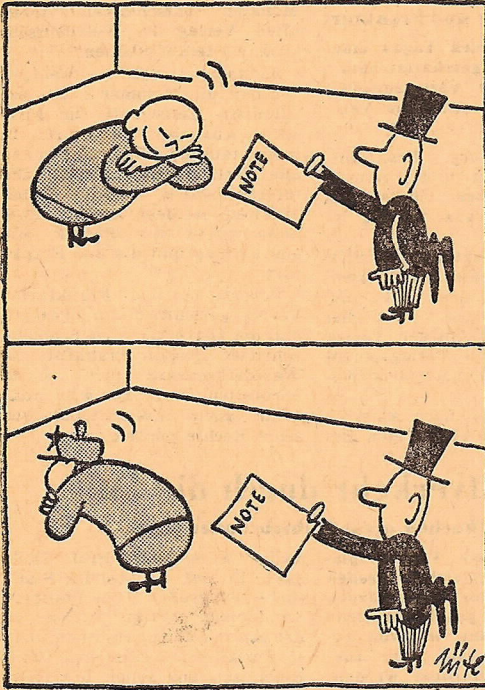
Monatlich wurde ihm vom Bataillonskommandeur ein „Buchsoll“ auferlegt, das an die Offiziere und Unteroffiziere verkauft werden sollte. Zu diesem Zweck ließ Leutnant Raddatz sich Bücher aus volkseigenen Verlagen kommen. Da aber die Kameraden wenig Interesse an den Büchern zeigten, versuchte Leutnant R., die Bücher an Privatleute zu verkaufen. Von den Einnahmen zweigte er erhebliche Summen für seinen Bedarf ab.

Wegen Unterschlagung von 3200 Mark verurteilte ihn nun das Bezirksgericht zu drei Jahren Zuchthaus.

Besser für die Zone

München (AP). Ein Beauftragter des kommunistischen FDGB sprach in der bayerischen Staatskanzlei vor, um der Landesregierung Sachspenden im Werte von einer Million Ostmark für die Opfer der Hochwasserkatastrophe in Südostbayern anzubieten. Die bayerische Regierung lehnte dieses Angebot ab. In einer Mitteilung der Staatskanzlei heißt es dazu, Bayern erkenne die Hilfsbereitschaft der Sowjetzonenbevölkerung dankbar an. Die Spenden sollten jedoch besser den Personen zugute kommen, die in der Zone ebenfalls durch Überschwemmungen geschädigt worden seien, zumal sich die dortige Bevölkerung ohnehin in einer bedrängteren wirtschaftlichen Lage befinde.

Chinesische und . . .



. . . rot-chinesische Höflichkeit

Nicht farbecht

Die Tschechoslowakei, die den größten Teil der internationalen Kundschaft für die ehemals sudetendeutsche Kunstblumenindustrie verloren hat und diese Kunden bisher nur in bescheidenem Umfang für die unter staatlicher Regie und mit tschechischen Arbeitern weiter betriebene Erzeugung zurückgewinnen konnte, versucht seit geraumer Zeit, in der Südafrikanischen Union mit diesem Artikel ins Geschäft zu kommen.

Dort haben sich die sudetendeutschen Kunstblumen früher größter Beliebtheit erfreut. So war es für den Handelsvertreter nicht schwer, Probeaufträge im Werte von zunächst 5000 Dollar zu erhalten, nachdem er die Waren mit zu 30 % unter

den üblichen Offerten liegenden Preisen und dazu noch zu äußerst günstigen Zahlungsbedingungen angeboten hatte.

Die Ware wurde prompt geliefert. Aber noch am gleichen Tag erhielten die Importeure die ersten Reklamationen der Einzelhändler, die bemängelten, daß die Blumen nicht hitze- und farbeständig seien. Die Sendung wurde von den Tschechen anstandslos zurückgenommen und durch eine neue ersetzt. Bei dieser Lieferung beanstandeten die Händler nicht nur die alten Fehler, sondern darüber hinaus, daß die Blumen auch abfärben und sie zum Teil für Beschädigungen an Damenkleidern haftbar gemacht wurden. Die Prager Exportgesell-

Partei und Sufi

„Wer Sorgen hat, hat auch Likör“ stellte Wilhelm Busch fest. In Berlin sagt man unverblümt: „Hast du Kummer mit die Deinen, trink dich einen!“ Die SED-Funktionäre haben Kummer und Schnaps in reichlicher Menge. Weil aber schließlich nicht Säuberungen durchgeführt werden, damit die Genossen ihre Angst nachher im Alkohol ertränken, will die Parteileitung offenbar etwas gegen den „Suff in den Reihen der Partei“ unternehmen. Im internen Informationsorgan der SED fand man jetzt jedenfalls höchst überraschend ein — Gedicht darüber, wie die Partei einen Trinker heilt. Hier einer der erhebenden Verse:

„Zahltags, Kinder, habt ihr oft geweint,
Denn zahltags trank ich.
Trinken ist schön, wenn man trinken muß,
Wie die Treppe Stufen haben muß.
Nun nahm mich zahltags die Partei,
Wie ich Euch früher, als Ihr klein wart,
An die Hand und ging mit mir und Mutter
Ins Theater.“

Die Partei führt den Alkoholsüchtigen dann noch in ein Kabarett und in ein Konzert, bis das Gedicht endet:

„Genosse, trinken wir ein Gläschen,
Sagt die Partei.
Worauf ich zur Antwort gab; wie kann man
trinken nach dem herrlichen Konzert.
So wahr ich Treppenbauer bin —
Aus meiner Seele war mir dieses Wort
gekommen,
Für's Leben, Kinder, heute hat mich die
Partei genommen.“

Der 20jährige Verfasser, SED-Funktionär Rainer Kunze, schreibt dazu noch: „Ich weiß, daß die stärkste Waffe, die ich habe, um für die Sache der Arbeiterklasse zu kämpfen, meine Neigung ist, Gedichte zu schreiben!“

Genossen, die das dann lesen müssen, trinken vor Schreck sicher gleich noch einen.

schafft erkannte auch diesmal die Reklamation an und erklärte sich sogar bereit, für die an den Kleidern entstandenen Schäden aufzukommen.

Vielleicht, so hoffen die Tschechen, können sie durch bereitwilliges Nachgeben doch noch ins Geschäft kommen. Eha die Erzeugnisse ihrer Kunstblumenindustrie nicht besser werden, dürfte das allerdings schwierig sein.

Wissenschaftler im kalten Krieg

Zweimal „Zeitschrift für Physik“ — In Leipzig und Frankfurt

Das Landgericht Frankfurt a. M. hat in diesen Tagen eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung von geschäftsschädigende Manipulationen gegen die Akademische Verlagsgesellschaft Leipzig erlassen. Kläger war — die Akademische Verlagsgesellschaft Frankfurt.

Hinter der Klage verbirgt sich ein verbissener Kampf zweier Verlage. Die alte Akademische Verlagsgesellschaft in Leipzig hatte sich schon vor dem ersten Weltkrieg mit berühmten wissenschaftlichen Zeitschriften einen Namen gemacht. Da die Besitzer jüdischer Abstammung waren, wurden sie 1939 gezwungen, den Verlag zu verkaufen.

Nach Kriegsende haben die Sowjets den größten Teil der Käufer aus dem Jahre 1939 ent-

tingen, Hamburg, Frankfurt, Bonn, München und Freiburg jetzt noch über 180 000 DM „Zeilengelder“ aus Leipzig zu erhalten.

Anfangs respektierte die SED noch die „neutrale“ Wissenschaft. Aber nach und nach nahm der Druck politischer Stellen beim Leipziger Verlag zu. Ein Teil des Verlagspersonals mußte sich nach dem Westen absetzen.

Die inzwischen nach Amerika ausgewanderten ehemaligen Be-

sitzer des Leipziger Verlages haben sich nun vor wenigen Monaten entschlossen, ihren alten Verlag in Westdeutschland wiederaufzubauen.

So kam es, daß vor wenigen Wochen die Nummer 1 der berühmten „Zeitschrift für Physik“, Ausgabe Frankfurt, in über tausend Exemplaren in alle Welt gesandt wurde. Die internationalen Universitäten erhalten seitdem laufend zwei Zeitschriften für Physik, die aus Leipzig und die aus Frankfurt.

Vorerst hat der Frankfurter Verlag gerichtlich durchgesetzt, daß der Ostverlag seine Schmähschriften gegen Frankfurt in Westdeutschland nicht mehr verbreiten darf. Er will nunmehr auch international auf seine Rechte pochen.

Fremde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

eignet. Aber 10 Prozent der Anteile des angesehenen Verlages ließen sie in Privatbesitz. Dieser Privatanteil wird seit Jahren als Aushängeschild in Westdeutschland und im Ausland benutzt.

Tatsächlich verfiel der Trick längere Zeit. Laufend wurden in Leipzig gemeinsame Publikationen „der“ deutschen Wissenschaft herausgegeben. Dazu gehörte unter anderem die bekannte „Zeitschrift für Physik“. Zu 90 Prozent waren die Autoren westdeutsche Wissenschaftler. Für ihre Mitarbeit an der Zeitschrift erhielten sie oft nicht einmal ein Honorar. Jedenfalls haben die Professoren in Göt-

tingen, Hamburg, Frankfurt, Bonn, München und Freiburg jetzt noch über 180 000 DM „Zeilengelder“ aus Leipzig zu erhalten.

Der erste Plan lehnt sich an amerikanischen Vorbilder an: die vor München endenden drei Autobahnen (Stuttgart, Nürnberg, Salzburg) sollen als Hochstraßen über dem Stadtgebiet weitergeführt werden und sich an einem Punkt westlich des Hauptbahnhofs vereinigen. Sie sollen, ähnlich modernen Brücken, auf einer gewaltigen Spannbeton-Konstruktion liegen, die sich sternförmig in den Stadtkern vorschiebt.

Da München nicht — wie Berlin — einen Autobahnring rund um die Stadt besitzt, hat der Durchgangsverkehr die ohnehin überlasteten Straßen verstopft.

Das zweite aufsehenerregende Projekt stammt von dem nam-

Stadtverkehr durch die Luft

München plant Hubschrauber-Linie

haften Architekten Prof. Döllgast. Er hat bereits die Pläne für einen großen Hubschrauber-Landeplatz fertig. Mitten in der Stadt soll ein Hochhaus mit 15 Stockwerken entstehen. Vom Betondach aus sollen die Helikopter starten. Zunächst ist an einen Hubschrauber-Verkehr zum Flughafen gedacht, wodurch der Autobus-Zubringerdienst überflüssig werden würde.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31, Druck: W. Büxenstein, GmbH.